

"Dämpfer für Athen" in Die Zeit (6. Februar 1976)

Legende: Am 6. Februar 1976 beschreibt die deutsche Wochenzeitung Die Zeit die Besorgnis der Kommission der Europäischen Gemeinschaften über den wirtschaftlichen Rückstand Griechenlands und über die Finanzkosten des griechischen Beitritts zu den Gemeinschaften.

Quelle: Die Zeit. Wochenzeitung für Politik-Wirtschaft-Handel und Kultur. 06.02.1976. Hamburg: Gruner GmbH. "Dämpfer für Athen", auteur:Bremer, Hans-Hagen.

Urheberrecht: (c) Hans-Hagen Bremer

Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL: http://www.cvce.eu/obj/dampfer_fur_athen_in_die_zeit_6_februar_1976-de-38d33ed3-14dc-4c0e-9b9d-76bf46598ccf.html

Publication date: 29/11/2013

Griechenland und die Europäische Gemeinschaft

Dämpfer für Athen

Von Hans-Hagen Bremer

Die Kommission bewertete die wirtschaftlichen Schwierigkeiten höher als die politischen Aspekte

Die Brüsseler EG-Kommission hat den Hoffnungen Griechenlands auf eine rasche Aufnahme als zehntes Mitglied der Europäischen Gemeinschaft (EG) einen Dämpfer aufgesetzt. In ihrer Stellungnahme zum Beitrittsantrag Athens vom Juni 1975 hat sie jetzt dem EG-Ministerrat zwar empfohlen, den Griechen eine klare und positive Antwort zu geben. Mit ihrem Vorschlag, dem Beginn der griechischen Mitgliedschaft eine zeitlich nicht näher definierte Vorbereitungsphase vorzuschalten, hat ihr Bericht jedoch in der griechischen Öffentlichkeit Enttäuschung hervorgerufen.

In der Kommission selbst hatte es lange und sehr kontroverse Debatten darüber gegeben, ob aus politischen Gründen dem griechischen Wunsch nach einem Platz am Ratstisch der Gemeinschaft so bald wie möglich stattgegeben werden sollte, oder ob aus Rücksicht auf die wirtschaftlichen und strukturellen Probleme des Landes ein längeres Zuwarten ratsam sei. Die Meinungen waren dabei so heftig aufeinandergeprallt, daß einer der bei der Abstimmung unterlegenen Kommissare, der Italiener Spinelli, sich hinterher von dem Beschluß distanzierte – ein äußerst ungewöhnlicher Verstoß gegen die selbst auferlegte Disziplin dieses Kollegiums.

Um die Frage, ob Griechenland der EG angehören soll oder nicht, ging es gar nicht mehr – nur noch um das Wann und Wie. Die Mitgliedschaft ist den Hellenen bereits 1961 im Vertrag von Athen in Aussicht gestellt worden. Verhandlungen darüber sollten aber erst 1984 aufgenommen werden, wenn der Aufbau der Zollunion zwischen Griechenland und der Gemeinschaft vollendet sein wird.

Diesen Zeithorizont hat die griechische Regierung mit ihrem Beitrittsantrag im letzten Jahr eingeengt. In ihrem Streben nach einem außenpolitischen Erfolg durch eine rasche Verwirklichung der Vollmitgliedschaft konnte sie sich durch die Bekundung einiger EG-Regierungen ermuntert fühlen. Im Neuner-Europa hatte man, sei es aus Genugtuung über den Zusammenbruch des Obristenregimes, sei es aus Sorge um die zerbröckelte Süd-Ost-Flanke der Nato, den an die Macht zurückgekehrten Athener Demokraten weitgehende Zusagen gemacht.

Mit ihrem Votum hat die EG-Kommission jetzt die politischen Aspekte des griechischen Beitrittsgesuchs den wirtschaftlichen und technischen Problemen untergeordnet. Nach Ansicht der Kommission weist die griechische Wirtschaft in ihrem derzeitigen Entwicklungsstadium eine Reihe von Schwierigkeiten auf, „die die Möglichkeiten einer homogenen Verzahnung mit den Volkswirtschaften der anderen Mitgliedstaaten einengen“.

Das Pro-Kopf-Einkommen der Griechen beträgt etwa die Hälfte des EG-Durchschnitts, die Wachstumsrate der Wirtschaft ist geringer, die Inflationsrate höher als die der Gemeinschaft. Im Handel mit den Neun steckt Athen tief in den roten Zahlen. Als Nachteil vermerkt der Bericht weiter die nur schwache Industrialisierung des Landes und den im Vergleich zur Gemeinschaft noch sehr hohen Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt. Die Struktur der griechischen Landwirtschaft deutet darüber hinaus auf eine nur geringe Leistungsfähigkeit hin. Die Durchschnittsproduktion eines landwirtschaftlich Erwerbstätigen etwa liegt um rund vierzig Prozent unter dem Leistungsdurchschnitt der Gemeinschaft.

Durch diesen Entwicklungsabstand, der freilich gegenüber den EG-Schlußlichtern Irland, Italien oder Großbritannien kaum ins Gewicht fällt, wäre Griechenland nach Auffassung der Kommission gehindert, seinen Pflichten als EG-Mitglied nachzukommen. Wie sie hervorhebt, würde die Gemeinschaft für Griechenland vor allem Geld aufzubringen haben. Außerdem wäre das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes beeinträchtigt. Wäre Griechenland zum Beispiel schon jetzt Mitglied, würde dies den EG-Haushalt 1976 mit rund einer Milliarde Mark zusätzlich belasten.

Da Griechenland die gemeinsame Handelspolitik mit den zahlreichen Zollpräferenzen für Entwicklungsländer und für die mit Zitronen und Oliven konkurrierenden Mittelmeerländer nicht mitmachen könnte, wären Sonderregelungen erforderlich. Solche Ausnahmen würden aber zu Störungen des Gemeinsamen Marktes führen und unerwünschte Präzedenzfälle für andere Länder schaffen, die aus einer ähnlichen wirtschaftlichen Situation heraus um Einlaß in die EG nachsuchen wollten.

Schließlich schrecken die Kommissare, denen noch die Erfahrungen mit dem Beitritt Großbritanniens, Irlands und Dänemarks in den Knochen stecken, vor der Aussicht auf eine neue Erweiterung der Gemeinschaft zurück. Vor der Wiederholung einer solchen Operation müßte zunächst der innere Ausbau der EG vorangetrieben werden, fordern sie.

Die Existenz der von der Kommission aufgezeigten Probleme wird weder von der überstimmten Minderheit ihrer Mitglieder bestritten, noch in den EG-Hauptstädten oder in Athen übersehen. Die Konsequenz, die die Kommission mit ihrer Empfehlung einer Vorbereitungszeit daraus zieht, paßt natürlich wenig zu den Europa-Aspirationen der Griechen, die anders als seinerzeit Großbritannien oder Dänemark den Anschluß an die EG nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus politischen Gründen suchen. Sie paßt auch schlecht zu den Zusicherungen einer „vorbehaltlosen Unterstützung“ des griechischen Beitrittsantrages durch Bundeskanzler Schmidt.

Die Kommission, die für sich in Anspruch nimmt, ein politisches Organ zu sein, hat mit ihrem Vorschlag einer Vorbereitungsphase vor der Mitgliedschaft gegenüber den empfindlichen Griechen nur wenig politisches Fingerspitzengefühl bewiesen. Zwar könnten in dieser Periode, in der die Gemeinschaft den Griechen mit massiven Finanzhilfen unter die Arme greifen sollte, die Beitrittsverhandlungen schon beginnen. Ihr Abschluß wäre aber davon abhängig, wie weit es gelingt, die griechische Wirtschaft auf westeuropäisches Niveau hochzupäppeln.

Dieses Ziel ließe sich aber ebenso gut in einer Übergangszeit erreichen, wie sie auch die Briten oder Iren nach dem Beitritt erhielten. Sowohl der Hinweis auf die Haushaltsbelastung der Gemeinschaft als auch der Einwand, das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes könnte beeinträchtigt werden, sind wenig überzeugend. Wenn die Gemeinschaft die Griechen an ihr Entwicklungsniveau heranführen will, muß sie dafür sowieso in die Tasche greifen.

Bis 1984 muß Griechenland mit der Vollendung der schon jetzt zu zwei Dritteln verwirklichten Zollunion auch die gemeinsame Handelspolitik übernehmen. Rechnet man mit zweijährigen Verhandlungen und einem Jahr für die Ratifizierung, ergäbe sich eine Übergangszeit von sechs Jahren, die Griechenland genauso gut in der EG absolvieren könnte – mit dem Vorteil, daß Athen sein politisches Ziel viel eher erreichen würde.

Bleiben die Bedenken wegen der institutionellen Schwierigkeiten. Die sind keineswegs gering. Von ihrer Lösung aber den Beitritt Griechenlands abhängig machen zu wollen, kommt einer Vertröstung des Athener Antrags auf unbestimmte Zeit gleich. Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Die Kontroverse wird im EG-Ministerrat und auf der April-Tagung der Regierungschefs weitergehen. Dann muß sich zeigen, ob die Gemeinschaft Griechenland als Vollmitglied wirklich will.